



INTERVIEW

Symptome und Ursachen verwechselt

FDP-Finanzexperte Frank Schäffler kritisiert verfehlte Notenbankpolitik

DS-Magazin: Unabhängig von den geplanten Steuerentlastungen und Einsparungsmaßnahmen, die im Koalitionsvertrag festgelegt wurden, klafft nach Berechnungen des Bundeskanzleramtes in den Haushalten für die Jahre 2011 bis 2013 eine Haushaltslücke von mehr als 40 Milliarden Euro. Wo soll zusätzlich der Rotstift angesetzt werden?

Frank Schäffler: Die größten Einsparpotentiale liegen bei den Ausgaben für die Sozialsysteme. Aus meiner Sicht sind die Hartz IV-Ausgaben kritisch zu überprüfen. Mir geht es nicht so sehr um die Höhe der Leistungen – die Koalition hat ja die bislang geltenden Regelungen beim Schonvermögen und bei

den Hinzuverdienstgrenzen deutlich entschärft. So steigt das Schonvermögen für Hartz IV-Bezieher, auf 750 Euro pro Lebensjahr und wird damit verdreifacht. Mir geht es um die Frage: Wer kann künftig Hartz IV-Leistungen in Anspruch nehmen und wer nicht? Substantielle Einsparungen sind zudem bei

den Subventionen möglich, die zur Zeit bei jährlich rund 58 Milliarden Euro liegen. Nach meiner Ansicht müssen Subventionen zum einen zeitlich befristet und zum anderen mit der so genannten Rasenmähermethode reduziert werden. Dies kann man durch ein Stufenmodell abfedern, damit sich die Betroffenen auch auf die neue Situation einstellen können. Eine pauschale Reduzierung der Subventionen halte ich für politisch eher durchsetzbar als jeweils einzelne Transferleistungen zu kürzen. Wenn alle bei dem Streichkonzert gleichermaßen betroffen sind, wird auch der Widerstand gegen diese notwendigen Maßnahmen bei den Leistungsempfängern wesentlich geringer sein.

DS-Magazin: Die Reserven der Bundesagentur für Arbeit sind Ende des Jahres voraussichtlich aufgebraucht. Um den Beitragssatz von zur Zeit 2,8 Prozent stabil zu halten, müsste der Bund der BA Milliardenbeträge zukommen lassen, die allerdings nach geltender Rechtslage zurückzuzahlen sind. Drohen also drastische Beitragserhöhungen?

Frank Schäffler: Steigende Arbeitslosenzahlen werden natürlich Auswirkungen auf den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung haben. Gleichwohl bin ich der Meinung, dass man das „System“ Bundesagentur für Arbeit reformieren muss. Wir geben Milliarden Euro für Beschäftigungsprogramme und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus. Hiervon profitiert ausschließlich das Kartell aus Gewerkschafts- und Arbeitgeberbeschäftigungsgesellschaften. Deren Existenzsicherung kann nicht dauerhaft die Aufgabe der Beitragszahler sein. Ziel von Hartz IV und der Reform der Arbeitsagentur war doch, Arbeitslose schneller in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Das ist nicht gelungen. Deshalb muss man nach meiner Auffassung Einstellungshemmnisse beseitigen – zum Beispiel im Bereich des Kündigungsschutzes für bisherige Langzeitarbeitslose.

DS-Magazin: Ein insgesamt stets guter Informationsdienst berichtet, dass deutsche Autofahrer ab dem Jahr 2015 Gebühren für die Autobahnbenutzung zahlen sollen. Bei den Koalitionsverhandlungen sickerte durch, dass dieses Thema auch auf der Agenda stand. Können Sie derartige Pläne bestätigen?

Frank Schäffler: Die Arbeitsgruppe aus CDU, CSU und FDP, die sich mit diesem Thema beschäftigt hat, ist der Auffassung, dass die Einführung einer Maut für Pkw in dieser Legislaturperiode nicht realisierbar erscheint. Ich halte es für durchaus möglich und vertretbar, dass wir künftig bestimmte Straßen und Autobahnen privat finanzieren müssen. Und dass dies dann mit entsprechenden Mautzahlungen einhergehen wird, liegt auf der Hand. Der privat finanzierte Autobahnbau ist bei bestimmten Projekten aus meiner Sicht durchaus sinnvoll. Im Gegenzug hielte ich dann aber eine Reduzierung der Kfz-Steuer für angezeigt, um den Bürger nicht überproportional zu belasten.

DS-Magazin: Derselbe Informationsdienst schreibt, dass es auch Überlegungen gibt, künftig Mehrwertsteuer auf Mietzahlungen zu erheben. Eine Ente?

Frank Schäffler: Ich hoffe sehr, dass das eine Ente ist. Wir kommen nicht aus der Krise heraus, indem wir die Steuern erhöhen, sondern dadurch, dass wir neu austarieren, was originäre Aufgabe des Staates ist und was nicht. Es hilft nichts, wenn der Staat immer nach zusätzlichen Steuereinnahmequellen sucht.

DS-Magazin: Muss nicht auch die Förderung erneuerbarer Energien neu justiert werden?

Frank Schäffler: Hier hat die Koalition bereits Pflöcke gesetzt – insbesondere was die Subventionierung der Solarenergie betrifft.

DS-Magazin: Anlässlich der Festveranstaltung zum 60sten Gründungsjubiläum des Deutschen Gewerkschaftsbundes sah Bundespräsident Horst Köhler das Monster – gemeint sind die internationalen Finanzmärkte – noch nicht auf dem Weg der Zähmung. Den Beschlüssen des G 20-Gipfels von Pittsburgh könne man noch nicht entnehmen, ob sich eine Krise wie die jetzige, nicht wiederholen könne. Teilen Sie Köhlers Befürchtungen?

Frank Schäffler: Obwohl ich den Bundespräsidenten Horst Köhler über alles schätze, teile ich in diesem Fall seine Auffassung in keiner Weise, weil er Symptome und Ursachen der Krise verwechselt. Horst Köhler müsste es eigentlich besser wissen, weil er aus der Branche kommt. Die Ursa-

che der Krise ist eben nicht die Gier der Banker, sondern die verfehlte Notenbankpolitik. Dadurch, dass alle Staaten der Erde und die nationalen Notenbanken in den letzten Jahrzehnten die Geldmenge exorbitant erhöht haben, haben sie so letztendlich die Banken erst in die Lage versetzt, das eigene Kreditangebot zu erweitern.

DS-Magazin: Wird die von Ihnen angesprochene Geldflut als logische Konsequenz einen Inflationsschub hervorrufen? Worauf muss sich die Bevölkerung einstellen?

Frank Schäffler: Wir werden uns in den nächsten Jahren auf eine höhere Inflation einstellen müssen. Nicht nur bei den Konsumgütern, sondern vor allem bei den Rohstoffen. Und ich befürchte, dass viele Staaten dieser Welt durchaus ein gewisses Interesse an einer höheren Inflationsrate haben. Um Schulden abzubauen, gibt es drei Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit wäre, die Staatsausgaben zurückzufahren – also zu sparen. Dies ist vielfach schwer durchsetzbar. Die zweite Maßnahme wäre, die Steuern zu erhöhen – aber auch das wäre nicht populär. Die dritte Möglichkeit ist die heimliche Variante der Steuererhöhung – also die Inflation. Aber die Inflation ist die unsozialste aller Möglichkeiten, weil sie nicht nur die Vermögenden trifft, sondern vor allem die Transferbezieher von Sozialleistungen, weil der Staat seine Leistungen nicht den Preisentwicklungen anpassen kann und weil sie Investitionsentscheidungen für die Zukunft nicht mehr berechenbar macht. Ich hoffe aber, dass es der neuen Bundesregierung gelingen wird, die künftige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik so ausgewogen zu gestalten, dass das von mir beschriebene Szenario nicht in voller Härte auf die Menschen in Deutschland durchschlägt. ■



Mit Frank Schäffler sprach Joachim Schäfer.